

Abhängigkeit der deutschen Exporte vom realen Außenwert der D-Mark	75
„Bürgerarbeit“: Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit	82

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 4/98

Berlin

A. Ex

22. Januar 1998

65. Jahrgang

Abhängigkeit der deutschen Exporte vom realen Außenwert der D-Mark

Die deutsche Industrie ist sehr stark exportorientiert. Veränderungen des Wechselkurses der D-Mark berühren deshalb unmittelbar einen großen Teil des Umsatzes der deutschen Industrie und lösen Anpassungen aus. Im folgenden wird über einen längeren Zeitraum für die bedeutenden Exportbranchen der Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach deutschen Industriegütern aus dem Ausland, dem Wechselkurs und der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland untersucht¹.

Vorgehensweise

Als Indikator für die Auslandsnachfrage nach Produkten eines Sektors wird der entsprechende Auftragseingang² verwendet. Die Auftragseingänge reagieren im Vergleich zu den Exporten viel unmittelbarer auf konjunkturelle Veränderungen im Ausland und Bewegungen der Wechselkurse.

Der Wechselkurs der D-Mark zu den Währungen der wichtigsten Handelspartner wird im realen Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern gemessen³ (Abbildung 1). Betrachtet man die Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren, so zeigt sich im wesentlichen ein Gleichlauf des realen Außenwerts der D-Mark gegenüber 18 Industrieländern und gegenüber der EU⁴. Der Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar hebt sich davon durch seine viel stärkeren Schwankungen deutlich ab. Da die Handelsbeziehungen der deutschen Industrie innerhalb Europas infolge der europäischen Integration von besonderem Gewicht sind, schlagen die Dollarkursschwankungen im Außenwert der D-Mark gegenüber 18 Industrieländern kaum durch (vgl. auch Tabelle 1).

Bei der Messung der Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland muß unterschieden werden zwischen Branchen, deren Nachfrage aus allen Wirtschaftsbereichen der Volkswirtschaft kommt, und Bran-

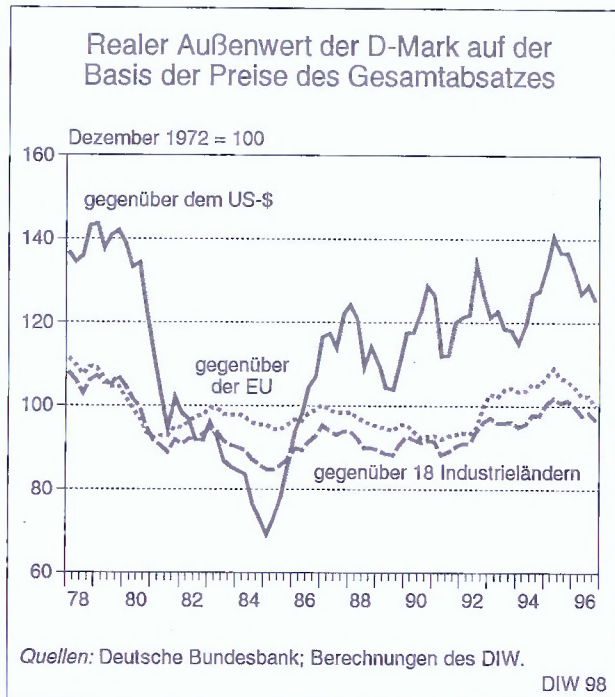
¹ Zu früheren Untersuchungen dieser Abhängigkeiten gehören R. Döhrn: Zur Wechselkursempfindlichkeit bedeutender Exportsektoren der deutschen Wirtschaft, RWI-Mitteilungen 44, 1993 und M. Krakowski et al., Strukturelle und konjunkturelle Einflüsse auf die Entwicklung der deutschen Ausfuhr. HWWA-Report Nr. 133, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, 1993, Hamburg.

² Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland. Bis einschließlich 1990 ist Westdeutschland das Erhebungsgebiet, von 1991 an ist es Deutschland. Bei den betrachteten Branchen führt der Gebietsprung nicht zu einem Bruch im Auftragseingang aus dem Ausland, da der Anteil Ostdeutschlands an den gesamten Auftragseingängen aus dem Ausland minimal war.

³ Auf Basis der Preise des Gesamtabsatzes. Die Berechnung dieses Außenwerts ist dargestellt in: Aktualisierung der Außenwertberechnung für die D-Mark und fremde Währungen, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1989.

⁴ Die Länder der EU-15 sind jeweils seit ihrem Beitritt zur EU berücksichtigt.

Abbildung 1



chen, deren Nachfrage von der Industrie bestimmt ist. Bei den Branchen der ersten Kategorie kann die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Ausland als erklärende Variable herangezogen werden, bei den Branchen der zweiten Kategorie die Industrieproduktion im Ausland.

Bewegungen des Außenwerts und davon ausgelöste Nachfrageveränderungen können Variationen der Exportpreise in heimischer Währung auslösen. Die Stärke der Preisreaktion hängt ab von der Paritätsänderung und der Elastizität bezüglich des realen Außenwerts. Bei der Schätzung der preislichen Anpassung wird außerdem unterstellt, daß die Unternehmen ihre Exportpreise in Abhängigkeit von den Erzeugerpreisen im Inland und der konjunkturellen Lage im Ausland setzen.

Untersucht werden die langfristigen Abhängigkeiten zwischen diesen Variablen im Rahmen von Fehlerkorrekturmodellen (multivariate Zeitreihenmodelle). In den Tabellen 2 und 3 sind die Schätzergebnisse dargestellt. Sie sind als langfristige Elastizitäten zu interpretieren, geben also die mit Regelmäßigkeit zu beobachtende Stärke der Reaktionen auf Änderungen bestimmender Variablen an⁵.

Die Untersuchung konzentriert sich auf Branchen der deutschen Industrie mit überdurchschnittlich hohen Exportquoten. Dazu gehören:

- die Herstellung von Kraftwagen und -teilen (Exportquote 1996: 50 vH),
- der Maschinenbau (44 vH),
- die chemische Industrie (43 vH),
- die Herstellung von Erzeugnissen der Elektrizitätserzeugung und -verteilung (34 vH),

⁵ Beispielsweise bedeutet eine Elastizität der Auftragseingänge bezüglich des realen Außenwerts von -1 , daß die Auftrags-eingänge aus dem Ausland im allgemeinen um ein Prozent steigen, wenn der reale Außenwert der D-Mark um ein Prozent sinkt. Ist die Elastizität ihrem Betrag nach größer als Eins, spricht man von einer elastischen Reaktion der Auftragseingänge, ist sie kleiner, von einer unelastischen.

Tabelle 1

Exporte der wichtigsten deutschen Exportbranchen
in Mrd. DM

	Kraftwagen und -teile		Maschinenbau		Chemische Industrie		Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung		Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Büromaschinen/ADV	
	1989	1994	1989	1994	1989	1994	1989	1994	1989	1994	1989	1994
OECD	102,3	97,7	82,9	73,7	67,3	72,0	23,0	26,4	16,8	18,3	14,8	14,0
EU-15	76,1	69,8	60,0	50,0	51,5	52,6	17,7	20,1	14,2	14,9	12,4	10,5
Frankreich	11,9	11,0	12,2	10,5	9,7	10,2	2,8	3,5	2,9	3,0	2,5	2,3
Italien	12,0	10,0	7,9	6,0	8,9	8,2	2,7	2,8	2,9	2,9	1,3	1,1
Großbritannien	15,8	13,2	8,9	6,7	6,6	7,0	2,4	3,3	1,9	2,5	2,2	2,2
USA	13,0	13,5	9,8	11,7	5,2	7,0	1,9	2,4	1,1	1,5	1,1	1,6
Nicht-OECD	12,7	20,6	24,0	36,0	16,5	19,4	4,4	9,0	3,5	7,8	1,3	2,0
Asien/Ozeanien	3,2	6,7	7,7	15,2	4,8	6,8	1,3	3,0	1,8	4,0	0,4	0,4
Insgesamt	115,0	118,2	106,9	109,7	83,8	91,4	27,5	35,3	20,3	26,1	16,1	15,9

Quelle: DIW-Außenhandelsdaten.

Tabelle 2

Langfristige Elastizitäten¹⁾ des volumenmäßigen Auftragseingangs aus dem Ausland in Abhängigkeit vom realen Außenwert der D-Mark²⁾ und der ausländischen Wirtschaftsentwicklung

	Erklärende Variablen	
	Realer Außenwert der D-Mark	Ausländische Wirtschaftsentwicklung
Kraftwagen und -teile	-1,03	1,37
Maschinenbau	-0,41	0,89
Chemische Industrie	-1,33	1,61
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	-0,39	1,39
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	-0,60	2,22
Büromaschinen/ADV	-2,36	2,20

¹⁾ Die angegebenen Parameterwerte sind signifikant. —
²⁾ Gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern auf Basis der Preise des Gesamtabsatzes.
Quellen: OECD; Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

- die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (39 vH)⁶⁾ und
- die Herstellung von Büromaschinen/ADV (37 vH).

Die Ergebnisse im einzelnen

Mit rund 17 vH hat die Branche *Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen* das größte Gewicht an der gesamten Ausfuhr der deutschen Industrie⁷⁾.

Die Analyse zeigt, daß zwischen dem Volumen der Auftragseingänge aus dem Ausland nach Kraftwagen und

Kraftwagenteilen, dem realen Außenwert der D-Mark und dem Bruttoinlandsprodukt im Ausland⁸⁾ ein langfristig stabiler Zusammenhang besteht. Bei steigendem Außenwert der D-Mark gehen die Auftragseingänge aus dem Ausland zurück und umgekehrt, wie die jüngste Entwicklung zeigt (Abbildung 2⁹⁾). Alles in allem verlieren die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen bei einer einprozentigen Aufwertung durchschnittlich ein Prozent ihrer Aufträge aus dem Ausland und vice versa (Tabelle 2). Der Verlust an Aufträgen würde noch größer ausfallen, wenn die Unternehmen die Exportpreise konstant halten würden. Tatsächlich senken sie diese in der Regel um etwas mehr als die Hälfte der Steigerung des realen Außenwerts (Tabelle 3). Die elastische Reaktion der Auftragseingänge auf Änderungen des Außenwerts zeigt, daß es sich bei Kraftfahrzeugen in den jeweiligen Produktklassen um

⁶⁾ Die Branchen Metallherzeugung und -bearbeitung, Medizin, Meß-, Steuer- und Regeltechnik, Optik und sonstiger Fahrzeugbau hatten 1996 ebenfalls Exportquoten von über 30 vH. Sie werden hier nicht weiter betrachtet, weil zum Teil die erforderlichen Daten wegen der Umstellung der Statistik von der SYPRO auf die WZ 93 nicht für einen entsprechend langen Zeitraum zur Verfügung stehen.

⁷⁾ Dieser Anteil bezieht sich auf die Exporte von Januar bis April 1997. Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1.

⁸⁾ Die Nachfrage der Branche Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen kommt aus der gewerblichen Wirtschaft, dem Staat und den privaten Haushalten. Für diese Branche ist folglich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Ausland maßgeblich für die Schätzung des Einflusses der ausländischen Wirtschaftsentwicklung auf die Nachfrage nach deutschen Kraftwagen und -teilen.

⁹⁾ Um die Gegenläufigkeit von Auftragseingängen aus dem Ausland und realem Außenwert zu verdeutlichen, wurden die Auftragseingänge in der Abbildung um ihren linearen Trend bereinigt.

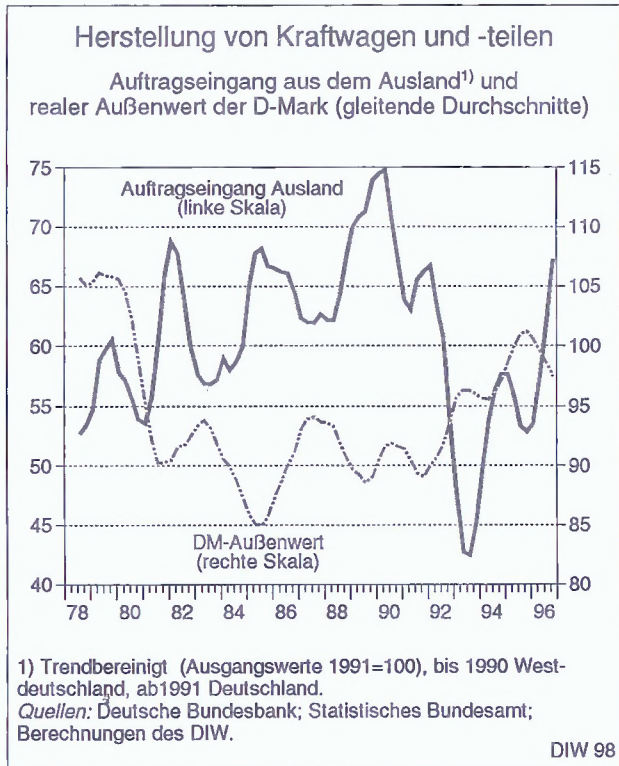
Tabelle 3

Langfristige Elastizitäten¹⁾ der Exportpreise bezüglich des realen Außenwerts der D-Mark²⁾, der Erzeugerpreise im Inland und der ausländischen Nachfrage

	Erklärende Variablen		
	Realer Außenwert der D-Mark	Erzeugerpreise im Inland	Ausländische Wirtschaftsentwicklung
Kraftwagen und -teile	-0,65	0,59	—
Maschinenbau	-0,10	0,84	0,13
Chemische Industrie	-0,15	0,71	—
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	-0,32	0,95	—
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	-0,54	—	0,24
Büromaschinen/ADV	-0,20	1,93	—

¹⁾ Die angegebenen Parameterwerte sind signifikant. Nicht signifikante Parameterwerte wurden durch "—" ersetzt. —
²⁾ Gegenüber den Währungen von 18 anderen Industrieländern auf Basis der Preise des Gesamtabsatzes.
Quellen: OECD; Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Abbildung 2



Güter handelt, die vom Käufer als weitgehend austauschbar angesehen werden. Hinzu kommt, daß der Markt für Kraftfahrzeuge und ihre Teile relativ transparent ist, die Produkteigenschaften mehr oder weniger bekannt und Preis-/Leistungsvergleiche mithin gut möglich sind. Ihre Anschaffung benötigt außerdem keine nennenswerten Vorlaufzeiten. Die wechselkursbedingten Preisnachlässe versuchen die deutschen Automobilhersteller durch internationalen Bezug von Vorprodukten aufzufangen. Diese Form der Anpassung hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß die Unternehmen in Deutschland ihren Anteil am Welthandel mit Kraftwagen und -teilen langfristig aufrechterhalten konnten¹⁰.

Der *Maschinenbau*, der mit knapp 16 vH an zweiter Stelle bei den Ausfuhren der deutschen Industrie liegt, stellt überwiegend Investitionsgüter her, die vor allem von der Industrie nachgefragt werden. Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland auf diese Branche läßt sich folglich am besten als Abhängigkeit von der ausländischen Industrieproduktion messen.

Bei einer Steigerung der Industrieproduktion im Ausland um ein Prozent steigt die Auslandsnachfrage nach deutschen Maschinen um 0,9 vH. Für Investitionsgüterproduzenten ist dies eine überraschend schwache Reaktion, da die Nachfrage nach Investitionsgütern im allgemeinen stärker schwankt als der Durchschnitt der Industrieproduktion.

Die Reaktion der Auftragseingänge auf Änderungen des realen Außenwerts ist ebenfalls vergleichsweise schwach. Bei einer Aufwertung der D-Mark um ein Prozent sinkt der Auftragseingang aus dem Ausland nur um 0,4 vH (Tabelle 2). Unterstrichen wird dieses Ergebnis noch dadurch, daß die Maschinenbauer in Deutschland kaum versuchen, eine Aufwertung der D-Mark durch eine Reduktion der Exportpreise abzufedern (Tabelle 3).

Die relativ geringe Abhängigkeit vom realen Außenwert der D-Mark liegt in der Ausrichtung des deutschen Maschinenbaus begründet. Er konzentriert sich auf die Sonderfertigung von Maschinen und auf Spezialitäten. Bei der Sonderfertigung sind Preisvergleiche schwierig. Der Markt für Spezialitäten ist u.a. dadurch gekennzeichnet, daß nur wenige Anbieter weltweit in der Lage sind, die Nachfrage zu bedienen. Unter diesen dominieren die deutschen Hersteller. Außerdem vergehen zwischen dem Zeitpunkt der Auftragsvergabe und der Fertigstellung der Anlage viele Monate, in denen der Außenwert großen Veränderungen unterliegen kann. Der Außenwert ist folglich als Wettbewerbsfaktor im Vergleich zu den anderen Branchen von eher untergeordneter Bedeutung. Dies ist neben der Innovationsfähigkeit sicherlich ein Grund dafür, daß der Anteil des deutschen Maschinenbaus am Welthandel seit 1970 trotz der starken Veränderungen des Außenwerts der D-Mark mit gewissen Schwankungen konstant geblieben ist¹¹.

Die Untersuchung ergibt, daß die Aufträge der *chemischen Industrie*¹² aus dem Ausland auf ein Steigen des realen Außenwerts der D-Mark stark negativ (Abbildung 4 und Tabelle 2), auf die Entwicklung der industriellen Produktion im Ausland¹³ dagegen stark positiv reagieren (Tabelle 2).

Die Exportpreise in der chemischen Industrie orientieren sich weitgehend an den heimischen Preisen (Tabelle 3). Änderungen des realen Außenwerts der D-Mark führen nur in geringem Maße zu Preiskorrekturen. Bei der in den jeweiligen Gütergruppen relativ großen Homogenität der chemischen Produkte und der daraus folgenden hohen Preiselastizität der Nachfrage wäre zu erwarten, daß die Unternehmen Veränderungen des realen Außenwerts über eine Variation der Exportpreise abfedern, um so das Volumen der Auftragseingänge aus dem Ausland zu stabilisieren. Die chemische Industrie ist diesen Weg nicht gegangen, sondern hat Veränderungen der Liefermengen zuge-

¹⁰ Straßberger et al., FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich, Beitrag zur „Erweiterten Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ im Auftrag des BMBF, Berlin 1996.

¹¹ Straßberger et al., a.a.O.

¹² Sie sorgt für knapp 14 vH der deutschen Industrieexporte.

¹³ Die chemische Industrie ist etwa zu drei Vierteln Vorleistungslieferant. Ihr wichtigster Nachfrager ist die Industrie. Folglich ist wie beim Maschinenbau die Entwicklung der Industrieproduktion im Ausland maßgeblich für die Schätzung des Einflusses der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland.

Abbildung 3

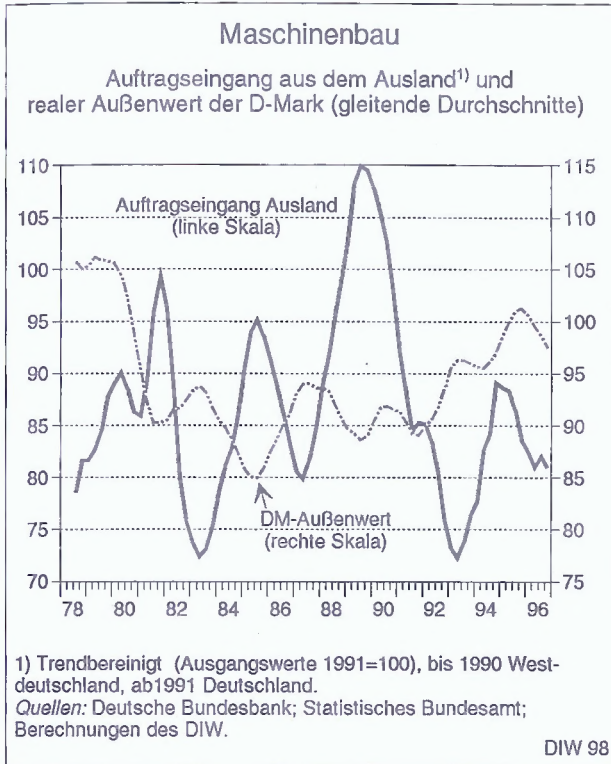
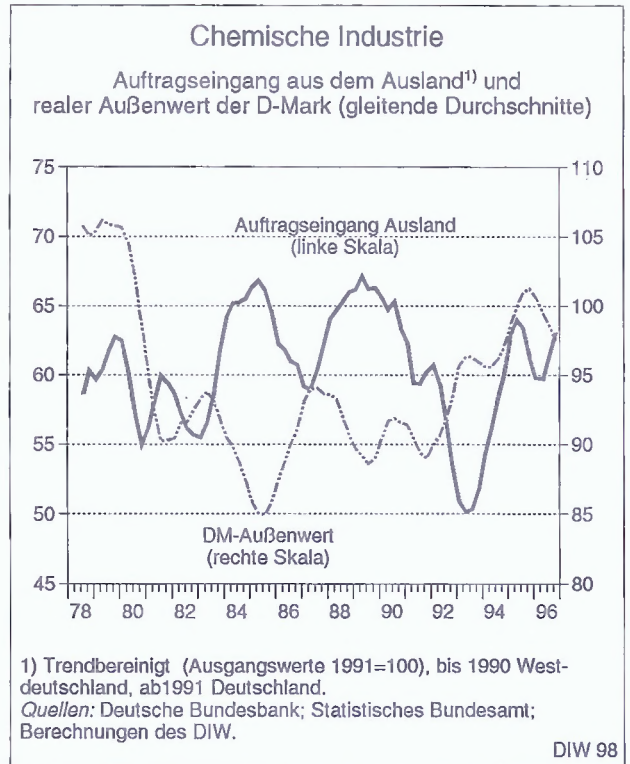


Abbildung 4



lassen. Dieses Verhalten erklärt sich zum Teil aus der hohen Auslandsproduktion, die sich auf über zwei Drittel des deutschen Branchenumsatzes beläuft. Ein multinationales Unternehmen, das z.B. in Deutschland und den USA produziert, kann abnehmende Umsätze in Deutschland aufgrund einer Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar zumindest teilweise durch steigende Umsätze aus der amerikanischen Produktion ausgleichen. Veränderungen des Außenwerts der D-Mark lösen konzernintern Substitutionen zwischen der Produktion in Deutschland und der im Ausland aus.

Bei der Branche *Herstellung von Erzeugnissen der Elektrizitätserzeugung und -verteilung*¹⁴ ergeben die Schätzungen, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland um 0,4 vH sinken, wenn der reale Außenwert um 1 vH steigt. Die Branche weist damit wie der Maschinenbau eine schwache Reaktion der Auftragseingänge aus dem Ausland auf Veränderungen des realen Außenwerts der D-Mark auf. Die Unternehmen wirken einer stärkeren Reaktion der mengenmäßigen Auftragseingänge durch eine (relativ geringe) Variation der Exportpreise um ein Drittel der Wechselkursänderung entgegen. Für den Erfolg im weltweiten Wettbewerb scheint für die deutschen Hersteller dieser Branche der reale Außenwert also eher von untergeordneter Bedeutung zu sein. Die Branche in Deutschland wird maßgeblich von dem Bereich Automatisierungstechnik bestimmt, in dem kundenspezifische Lösungen von großer Bedeutung sind.

Die *Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik*¹⁵ stellt mit den elektronischen Bauelementen Vorleistungsgüter her, die produzierten Telekommunikationseinrichtungen rechnen zu den Investitionsgütern, bei den Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik handelt es sich um langlebige Konsumgüter. Die Produkte dieses Bereichs werden folglich von der Industrie, Dienstleistungsunternehmen und den öffentlichen und privaten Haushalten nachgefragt.

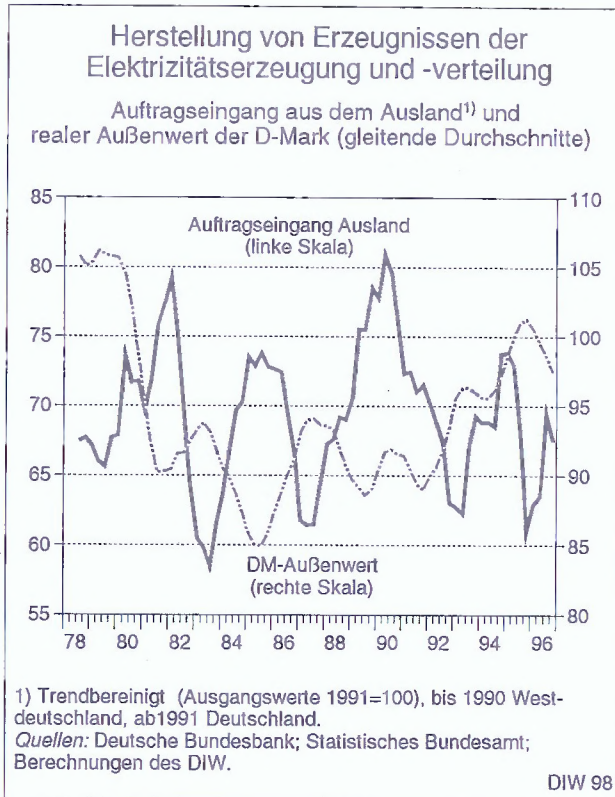
Die Analyse zeigt, daß zwischen den Auftragseingängen aus dem Ausland, dem realen Außenwert der D-Mark und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Ausland ein systematischer Zusammenhang besteht.

Die Schätzungen ergeben, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland in der Regel um 0,6 vH fallen, wenn der reale Außenwert der D-Mark um ein Prozent steigt. Die Hersteller von rundfunk-, fernseh- und nachrichtentechnischen Erzeugnissen fangen den negativen Einfluß einer realen Aufwertung teilweise durch eine Reduktion ihrer

¹⁴ Auf sie entfallen gut 5 vH der deutschen Industrieexporte. Es handelt sich bei den Erzeugnissen dieser Branche um Investitions- und Vorleistungsgüter, die vor allem von der Industrie nachgefragt werden. Die Industrieproduktion ist folglich die geeignete Größe zur Messung der Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland.

¹⁵ Sie hat einen Anteil von 4 vH an den Ausfuhren der deutschen Industrie.

Abbildung 5



Exportpreise auf. Diese Reaktion ist vor allem für die Hersteller von Bauelementen typisch, da sie Produkte herstellen, die relativ homogen sind und noch dazu weltweit produziert und gehandelt werden. Der Bezug der jeweiligen Vorprodukte ist ebenfalls international und kann schnell so umgelenkt werden, daß Preisnachlässe beim Absatz durch einen wechselkursbedingt günstigeren Bezug der Vorprodukte ausgeglichen werden. Allerdings engt der allgemeine Preisverfall bei den Bauelementen den Preisspielraum bei Aufwertungen der D-Mark ein.

Die Aufträge für Telekommunikationseinrichtungen kommen in den letzten Jahren vor allem aus den asiatischen Schwellenländern. Es handelt sich dabei meist um staatliche Infrastrukturmaßnahmen, bei denen ganze Systeme aufzubauen sind. Im Vergleich zu der Sparte der Bauelemente hat der reale Außenwert der D-Mark hier einen viel geringeren Einfluß auf die Auftragsvergabe.

Die Auftragseingänge der Sparte Telekommunikationseinrichtungen hängen stark vom wirtschaftlichen Wachstum im Ausland ab und geben den Ausschlag für die relativ hohe geschätzte Abhängigkeit der gesamten Branche von der Wirtschaftstätigkeit im Ausland. Die Schätzungen ergeben, daß die Unternehmen außerdem auf Nachfrageschwankungen im Ausland durch eine Variation der Exportpreise reagieren (Tabelle 3). Sie erhöhen die Exportpreise in Phasen einer dynamischen und senken sie in Phasen einer schwachen Wirtschaftsentwicklung im Ausland.

Die Branche *Herstellung von Büromaschinen/ADV* mit einem Anteil von knapp 3 vH an den deutschen Industrieexporten produziert Güter, die in allen Bereichen der Volkswirtschaft Einsatz finden. Die ausländische Nachfrage nach diesen Produkten ist folglich vom dortigen Bruttoinlandsprodukt abhängig.

Die Herstellung von Büromaschinen/ADV hebt sich von allen anderen hier betrachteten Branchen durch die stärkste Abhängigkeit der Auftragseingänge aus dem Ausland vom realen Außenwert der D-Mark ab. Auf eine einprozentige Aufwertung der D-Mark fallen die Auftragseingänge aus dem Ausland in ihrem Volumen um mehr als zwei Prozent und vice versa.

Nur wenig elastisch ist nach den Schätzergebnissen die Preisanpassung auf Änderungen des realen Außenwerts. Dieses Ergebnis ist vermutlich verzerrt. Der Grund dafür dürfte in dem starken allgemeinen Preisverfall in dieser Branche liegen, der die Einflüsse anderer Faktoren überlagert. Der Preisverfall ist durch die rasante technologische Entwicklung, die aufgrund niedriger Markteintrittsschranken große Anzahl von Anbietern auf dem PC-Markt und die zunehmende Nachfrage nach Büromaschinen seitens der privaten Haushalte, für die der Preis das entscheidende Kaufkriterium ist, bedingt.

Der Anteil der Bundesrepublik am Welthandel mit Büromaschinen/ADV ist im Vergleich zu dem Anteil des verarbeitenden Gewerbes oder der anderen hier betrachteten

Abbildung 6

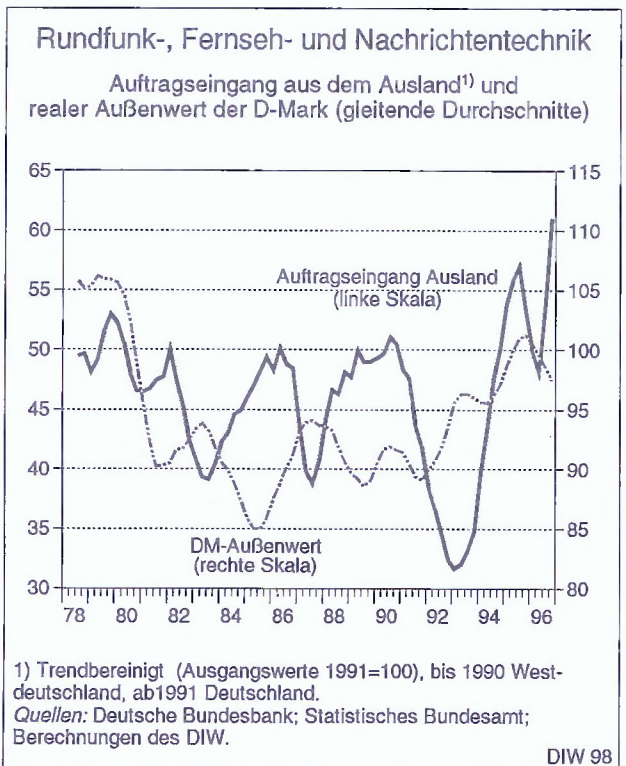
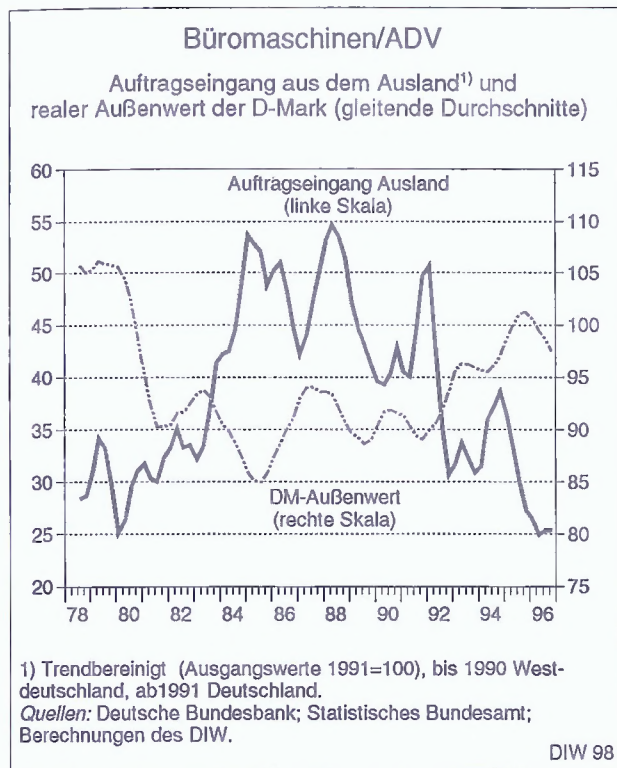


Abbildung 7



Branchen sehr gering und seit 1973 fast durchgängig gesunken¹⁶. Anders als den Unternehmen der Herstellung von Kraftwagen und -teilen gelang es den Unternehmen dieser Branche aufgrund des dauernden (wechsellkursunabhängigen) Preisdrucks nicht in vergleichbarem Maße, wechsellkursbedingte Verluste an Marktanteilen durch Anpassungen der Exportpreise aufzufangen.

Fazit

Die Schätzungen zeigen, daß der Einfluß der ausländischen Wirtschaftsentwicklung auf das Volumen der Aufträge im allgemeinen größer ist als der des realen Außenwerts. Insofern wird hier das Ergebnis früherer Untersuchungen bestätigt¹⁷. Die Schätzungen zeigen allerdings auch, daß die Wirkung der ausländischen Wirtschaftsentwicklung und des Außenwerts der D-Mark auf die Auftrags-eingänge von Branche zu Branche unterschiedlich stark

ist. Je homogener miteinander konkurrierende Produkte sind, desto leichter sind Preis-/Leistungsvergleiche möglich. Die Elastizität der Nachfrage auf Preis- oder Wechselkursänderungen ist dann relativ hoch. Dies trifft in den jeweiligen Produktgruppen auf die chemische Industrie und die Herstellung von Kraftwagen und -teilen zu. Diese beiden Branchen unterscheiden sich aber darin, wie mit dieser hohen Elastizität der Nachfrage auf Außenwertsänderungen umgegangen wird. Die chemische Industrie läßt die Nachfrageschwankungen zu, die Hersteller von Kraftwagen und -teilen versuchen, diesen durch Variationen der Exportpreise entgegenzuwirken.

Anders fallen die Reaktionen aus, wenn die miteinander auf den Weltmärkten konkurrierenden Produkte weitgehend inhomogen sind. Werden nicht einzelne Produkte, sondern ganze Systeme angeboten, sind Preis-/Leistungsvergleiche schwierig. Der Preis und damit auch der Außenwert spielen eine geringere Rolle bei der Auftragsvergabe als bei relativ homogenen Produkten. Außerdem erstreckt sich die Abarbeitung eines komplexen Auftrags häufig über einen längeren Zeitraum; entsprechend verliert der aktuelle Außenwert an Bedeutung. Die langfristige Elastizität der Auftrags-eingänge und der Exportpreise bezüglich des realen Außenwerts ist in solchen Fällen relativ niedrig. Dies gilt insbesondere für den Maschinenbau und die Herstellung von Erzeugnissen der Elektrizitätserzeugung und -verteilung.

Das Beispiel der chemischen Industrie zeigt, daß die Reaktion des Außenhandels auf Änderungen des Außenwerts der D-Mark für die Unternehmen an Bedeutung verliert, je stärker sie globalisiert sind, also auch im Ausland über Produktionsstätten mit ähnlichen Produktspektren verfügen.

In allen betrachteten Branchen hat der Export in die EU großes Gewicht. Dies sowie die hier vorgestellten Ergebnisse legen nahe, daß ein einheitlicher europäischer Währungsraum zu einer Verstärkung des deutschen Außenhandels beitragen würde. Die Kosten der mittelfristigen Anpassung an sich verändernde Paritäten innerhalb Europas sowie die Absicherung von Wechselkursrisiken bleiben den Unternehmen erspart. Ein einheitlicher Währungsraum in Europa könnte sich folglich auf das Wachstum der deutschen Exporte günstig auswirken.

¹⁶ Straßberger et al., a.a.O.

¹⁷ Döhrn, a.a.O.; Krakowski, a.a.O., S. 1.

„Bürgerarbeit“: Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit

Mit dem Endbericht der „Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen“ haben Ideen einer systematischen staatlichen Förderung von ehrenamtlicher Arbeit („Bürgerarbeit“) neuen Auftrieb erhalten. Die Zukunftskommission hat mit den Daten des vom DIW durchgeführten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) gezeigt, daß das ehrenamtliche Engagement in Deutschland — entgegen populären Vorstellungen — nicht ab-, sondern zunimmt. Je besser die Menschen ausgebildet sind, um so eher üben sie ein Ehrenamt aus. Die Daten zeigen zudem, daß freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit sich wesentlich auf Erwerbsarbeit gründet und nicht vorwiegend von Arbeitslosen als „Ersatz“ für Erwerbsarbeit ausgeübt wird. Warum soll der Staat das Ehrenamt denjenigen andienen, die es nicht wollen? Und warum soll öffentlicher Bedarf an Infrastrukturleistungen und sozialen Diensten durch „Bürgerarbeit“ gedeckt werden?

Ein zentrales Empfehlungs-Kapitel der „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ ist mit der Forderung: „Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen“ überschrieben¹. Ausgehend von der Annahme, daß künftig Massenarbeitslosigkeit nicht zu vermeiden sei, empfiehlt die Kommission „daß nicht-marktgängige, gemeinwohlorientierte Tätigkeitsfelder erschlossen und zu einem neuen attraktiven Zentrum gesellschaftlicher Aktivität gebündelt werden. In diesem Sinne schlägt die Kommission vor, die Voraussetzungen für die Einrichtung von Bürgerarbeit zu schaffen und zu erproben, d. h. für Formen freiwilligen sozialen Engagements jenseits der Erwerbsarbeit und jenseits der Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger (...). Materiell erhalten diejenigen ein Bürgergeld, die darauf existentiell angewiesen sind. Die Maßstäbe sind die gleichen wie bei der Gewährung von Sozialhilfe (...). Jedoch, die Bezieher von Bürgergeld sind — bei sonst gleichen Voraussetzungen — keine Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, da sie in Freiwilligen-Initiativen gemeinnützig tätig sind. Auch stehen sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, wenn sie das nicht wünschen. Sie sind keine Arbeitslosen“².

„Bürgerarbeiter“ werden nicht nur — wenn es für Arbeitslose notwendig ist — materiell entlohnt, sondern darüber hinaus — wie die Kommission es nennt — auch „immateriell belohnt“. Dazu zählen Ehrungen, aber auch massive geldwerte Vorteile. Beispielhaft genannt werden „Punkte für das Numerus-Clausus-Verfahren“, die Berücksichtigung bei der Rückzahlung des Bafög-Darlehens, Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten sowie „Favor Credits“ (das sind kostenfreie Ansprüche, z. B. auf einen Kindergartenplatz)³.

Organisiert wird die Bürgerarbeit nicht von den Kommunen (oder den bestehenden frei-gemeinnützigen Einrichtungen), sondern von der „Sozialfigur“ des „Gemeinwohl-Unternehmers“, dem „kommunale Ausschüsse für Bürgerarbeit“ zur Seite stehen. Diese Ausschüsse legen fest, welche Tätigkeiten als gemeinnützig gelten und welche nicht.

Mit dem Konzept der „Bürgerarbeit“ werden wohl drei Ziele verfolgt⁴: Erstens wird eine Stärkung des Ehren-

amtes für wichtig gehalten, weil es die „Seele der Demokratie darstellt“. Zweitens soll durch Bürgerarbeit offene Arbeitslosigkeit verhindert werden. Drittens soll ein Teil des ungedeckten öffentlichen Bedarfs an Infrastruktur und sozialen Diensten durch preiswerte Bürgerarbeit gedeckt werden⁵.

Niedergang des Ehrenamtes als der „Seele der Demokratie“?

Eine freie Gesellschaft kann ohne bürgerschaftliches Engagement nicht existieren, da dieses die Basis für Demokratie und für einen fairen Umgang in vielen Lebensbereichen ist. Freilich zeigen die von der Zukunftskommission selbst dargestellten Zahlen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), daß es in Deutschland keineswegs einen Rückgang der ehrenamtlichen Tätigkeit gibt. Eine aktuelle Auswertung des SOEP bestätigt diesen Trend (Tabelle 1)⁶: Im Jahre 1996 war gut ein Drittel der erwachsenen westdeutschen Bevölkerung ehrenamtlich engagiert (rund 17 Mill. Menschen); in Ostdeutschland waren es etwa

¹ Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland — Entwicklungen, Ursachen und Maßnahmen, Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn, November 1997, S. 146-168. Vgl. dazu auch eine Kurzfassung, die der Autor dieses Kapitels verfaßt hat: Ulrich Beck, Die Seele der Demokratie — Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können. In: Die Zeit, Nr. 49, 1997, S. 7-8.

² Kommission für Zukunftsfragen ..., a.a.O., S. 146 f.

³ Kommission für Zukunftsfragen ..., a.a.O., S. 160 ff. Warum die Kommission derartige geldwerte Vorteile als lediglich „immaterielle Belohnungen“ betrachtet, ist nicht ersichtlich.

⁴ Vgl. insbesondere Ulrich Beck, a.a.O.

⁵ Vgl. dazu bereits z. B. Ulf Fink, Die neue Kultur des Helfens, München 1990.

⁶ Marcel Erlinghagen, Karin Rinne und Johannes Schwarze, Ehrenamtliche Tätigkeiten in Deutschland — komplementär oder substitutiv? Analysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel 1985 bis 1996, Diskussionspapier Nr. 97-10 aus der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität, Bochum 1997.

Tabelle 1

Ehrenamtliche Tätigkeit in Deutschland 1985 und 1996

	Westdeutschland		Ostdeutschland
	1985	1996	1996
	in Tausend		
	12 466	16 679	3 172
	in vH der Wohnbevölkerung im Alter von 16 und mehr Jahren		
Insgesamt	25,3	34,7	24,6
davon:			
regelmäßig	15,4	17,5	11,6
darunter:			
— jede Woche	8,5	8,6	4,6
— jeden Monat	6,9	8,9	7,1
seltener	9,9	17,2	13,0
<i>Quellen:</i> SOEP; Berechnungen des DIW.			

25 vH. Für Westdeutschland ist der Vergleich mit dem Jahr 1985 möglich. Damals war — was viele überraschen dürfte — das ehrenamtliche Engagement um fast zehn Prozentpunkte geringer als heute.

Die Struktur der ehrenamtlichen Tätigkeiten hat sich in diesem Zeitraum allerdings erheblich verändert. Die Zunahme fand hauptsächlich beim eher sporadischen Engagement statt. In Ost- und Westdeutschland ist die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten deutlich ausgeprägter als die Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen oder in der Kommunalpolitik. In Westdeutschland betrug der Anteil der Personen, die in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten ehrenamtlich tätig waren, 1996 knapp ein Drittel; verglichen mit 1985 entspricht dies einer Zunahme von fast 10 Prozentpunkten. In Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik waren dagegen nur knapp 12 vH der Bevölkerung aktiv, wobei auch die Zunahme im betrachteten Zeitraum mit 3 Prozentpunkten deutlich geringer ausfällt⁷.

Ehrenamtliche Tätigkeiten: Ersatz für Erwerbsarbeit?

Dem zweiten Ziel der Zukunftskommission, bei Mangel an normalen Arbeitsplätzen ehrenamtliche Tätigkeiten anzubieten, liegt die Idee zugrunde, daß Arbeit nicht ausschließlich der Erzielung von Einkommen dient, sondern darüber hinaus als „sinnstiftende Tätigkeit“ die Wohlfahrt der Menschen erhöht. Dies wird durch empirische Studien bestätigt, die zeigen, daß Arbeitslosigkeit nicht nur den Verlust von Einkommen bedeutet, sondern auch Wohlfahrts-einbußen bewirkt, die nicht monetär meßbar sind⁸.

Eine wesentliche Voraussetzung sowohl für die Induzierung sinnstiftender, nicht monetärer Wohlfahrtseffekte als auch für die positiven externen Effekte auf die Gesellschaft sind allerdings die Freiwilligkeit und die Fähigkeit, ein Ehrenamt auszuüben. Welche Gruppen von Arbeitslosen wären dazu bereit und in der Lage, Ehrenämter zu übernehmen? Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, die Bedingungen und Determinanten freiwilliger ehrenamtlicher Tätigkeiten etwas näher zu analysieren⁹.

Zunächst spielt für die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit die zur Verfügung stehende Zeit eine Rolle. Zeit ist ein knappes Gut. Ehrenamtliche Tätigkeit konkurriert dabei mit anderen Freizeitaktivitäten sowie mit der Erwerbsarbeit, der Haushaltsarbeit und der Kindererziehung. Erwerbstätige Personen, die zugleich noch eine große Belastung durch Haushaltsarbeit und Kindererziehung haben, können nur vergleichsweise wenig Zeit für ehrenamtliches Engagement aufwenden. Diese Argumentation würde für die Thesen der Zukunftskommission sprechen, da Arbeitslose faktisch mehr verfügbare Zeit als Erwerbstätige haben. Eine andere Frage ist jedoch, inwieweit die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht auch Ressourcen erfordert, die mit einer aus Erwerbstätigkeit abgeleiteten sozialen Stellung verbunden sind?

Tabelle 2 zeigt, daß Bildungsniveau und ehrenamtliches Engagement eng miteinander verknüpft sind. Etwa die Hälfte aller Westdeutschen mit Fach- oder allgemeiner Hochschulreife sind in irgendeiner Form ehrenamtlich tätig¹⁰. Das Aktivitätsniveau dieser Gruppe liegt damit um 12 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der erwachsenen westdeutschen Bevölkerung; dies ist ein erster Hinweis, der gegen die Idee der Zukunftskommission spricht, Arbeitslosen eine ehrenamtliche Tätigkeit als Ersatz für Erwerbsarbeit anzubieten: Personen mit Hauptschulabschluß oder ohne Schulabschluß sind deutlich unterdurchschnittlich ehrenamtlich engagiert.

Analoge Ergebnisse gelten für den Berufsabschluß: Je höher der erworbene Berufsabschluß, desto mehr Menschen der betreffenden Gruppe sind ehrenamtlich tätig.

⁷ Da viele Befragte, die in Parteien u. ä. aktiv sind, auch andere ehrenamtlichen Tätigkeiten ausüben, sind die addierten Anteile der einzelnen Tätigkeiten größer als der Anteil der insgesamt ehrenamtlich tätigen Personen.

⁸ Vgl. für einen internationalen Überblick und empirische Schätzungen — auf Basis der SOEP-Daten — für Deutschland Liliana Winkelmann und Rainer Winkelmann, Happiness and Unemployment — A Panel Data Analysis for Germany. In: Konjunkturpolitik, Bd. 41, Heft 4, 1995, S. 293-307.

⁹ Vgl. dazu Marcel Erlinghagen, Karin Rinne und Johannes Schwarze, a.a.O.

¹⁰ Vgl. auch Gert Wagner, Drei Thesen zur ökonomischen Bedeutung von Dienstleistungen in einer demographisch alternenden Gesellschaft. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hsg.), Die ergraute Gesellschaft, Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit, Berlin 1987, S. 308-321.

Tabelle 2

Anteil (vH) der ehrenamtlich Tätigen
an ausgewählten Personengruppen
(16jährige und Ältere) im Jahr 1996

	West- deutschland	Ost- deutschland
Ausbildung:		
— kein Schulabschluß	28,4	(21,1) ¹⁾
— Hauptschulabschluß	30,6	17,2
— Realschulabschluß	37,4	26,1
— Hochschulreife	46,7	41,9
Berufsabschluß:		
— kein Abschluß	25,3	19,9
— Berufsausbildung	35,9	23,2
— Hochschulabschluß	50,6	44,0
Erwerbsstatus		
— vollzeit erwerbstätig	40,7	29,1
— teilzeit erwerbstätig	40,5	24,8
— arbeitslos gemeldet	31,7	20,5
— im Ruhestand	22,5	13,3
Alle	34,7	24,6
1) Angabe beruht auf weniger als 30 Beobachtungen in der Stichprobe. Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.		

Personen ohne Berufsabschluß sind unterdurchschnittlich, Personen mit Hochschulabschluß überdurchschnittlich aktiv. Das Engagement der Akademiker liegt in Westdeutschland um rund 16 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Erwerbstätige sind überdurchschnittlich ehrenamtlich engagiert; allerdings hat zwischen 1985 und 1996 eine Verschiebung vom regelmäßigen Engagement zur selteneren Aktivität stattgefunden.

Von besonderem Interesse ist das ehrenamtliche Engagement Arbeitsloser. Im Vergleich zu 1985 haben sie zwar ihre Aktivitäten stark ausgeweitet, sie sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung allerdings weiterhin unterdurchschnittlich ehrenamtlich tätig. Waren 1985 nur rund 15 Prozent der westdeutschen Arbeitslosen in irgendeiner Form ehrenamtlich aktiv, so bekleidete 1996 beinahe jeder Dritte dieser Gruppe ein Ehrenamt. Dieser starke Anstieg hat in den 90er Jahren stattgefunden: Die arbeitslosen Westdeutschen weiteten ihr Aktivitätsniveau von 1992 bis 1996 um beinahe 15 Prozentpunkte aus. Der Anstieg ist vor allem dem verstärkten Vereinsengagement dieser Gruppe zu verdanken; aktiv sind insbesondere die besser ausgebildeten Arbeitslosen (1996 etwa die Hälfte der Arbeitslosen mit Hochschulabschluß im Gegensatz zu nur jedem fünften Arbeitslosen ohne Schulabschluß). Die wirklichen Pro-

blemgruppen des Arbeitsmarktes weisen nur ein sehr geringes ehrenamtliches Engagement auf.

Als weiteres Ergebnis ist festzuhalten, daß sich fast ausschließlich das seltene bzw. unregelmäßige Engagement der Arbeitslosen ausgeweitet hat. Die Werte für regelmäßige Aktivität blieben relativ konstant auf sehr niedrigem Niveau. Ehrenamtliche Tätigkeit kann also gerade die im sozialen Bereich wichtige kontinuierliche Bereitstellung von Diensten nicht ersetzen. Sie scheint aber für qualifizierte Arbeitslose als vorübergehende Möglichkeit, einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen, attraktiv zu sein.

Öffentliche Bedarfsdeckung durch „Bürgerarbeit“?

Um Menschen zur „Bürgerarbeit“ zu bewegen, bedarf es erheblicher materieller Anreize; dies dürfte vor allem für wenig qualifizierte Arbeitslose zutreffen. Dann handelt es sich allerdings nicht mehr um ehrenamtliche Tätigkeit im herkömmlichen Sinne. Deswegen stellt sich die Frage, warum solche Arbeitsplätze nicht von privaten oder öffentlichen Unternehmern angeboten werden sollten, die dafür eine Lohnsubvention erhalten¹¹.

Nun kann man argumentieren, der Staat sei damit finanziell überfordert. Der ungedeckte öffentliche Bedarf könne aber befriedigt werden, weil „Bürgerarbeit“ billiger wäre als reguläre Erwerbsarbeit. Man kann diese Argumentation zwar nachvollziehen. Die Konsequenz wäre aber, daß man Bürgerarbeiter zur „Subventionierung“ öffentlicher Leistungen heranzieht, indem man sie schlechter entlohnt als Erwerbstätige mit einer gleichen Tätigkeit.

Ein Bereich, der als Feld für „Bürgerarbeit“ immer wieder genannt wird (und auch bei der Zukunftskommission als bevorzugtes Beispiel dient), ist die Alten- und Jugendarbeit¹². Wenn es gegenwärtig schwierig ist, diese Leistungen zu finanzieren, so nicht deshalb, weil unsere Volkswirtschaft dazu nicht genügend leistungskräftig wäre und es dadurch unvermeidlich wäre, auf billige „Bürgerarbeit“ zurückzugreifen. Das Problem muß vielmehr in der Finanzierungs- und Organisationsform gesucht werden¹³.

Solange für die Jugend- und Altenarbeit — in der Tradition der „Armenfürsorge“ — die Gemeinden zuständig sind, wird es auch in einer reichen Volkswirtschaft Probleme mit der Finanzierung dieser Tätigkeiten geben. Die Einführung der sozialen Pflegeversicherung hat gezeigt, daß durch zweckgebundene Abgaben, z.B. in Form einer Versicherungspflicht, wesentlich mehr Mittel für diese

¹¹ Vgl. dazu z.B. Richard Layard, How to Prevent Long-Term Unemployment? In: Beihefte der Konjunkturpolitik, Nr. 46, 1997, S. 9-25.

¹² Vgl. Ulf Fink, a.a.O.

¹³ Vgl. am Beispiel des Gesundheitswesens Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung — Bundesrepublik Deutschland: Nur zögernde Erholung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, 1-2/1997, S. 27.

Tätigkeiten zu mobilisieren sind. Nur dadurch ist das Erblühen privater Altenpflegedienste erklärbar. Wäre die Altenpflege nach wie vor Aufgabe der Kommunen, würde weiterhin Mangel verwaltet werden.

Fazit

Ehrenamtliches Engagement ist es sicherlich wert, anerkannt zu werden. Dies geschieht bereits im Rahmen des Vereinsgesetzes und in Form der steuerlichen Absetzbarkeit von Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke.

Die Vorschläge der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, Ehrenamt als „Bürgerarbeit“ zu entlohnen, mögen für gutgebildete Ehrenamtliche attraktiv sein¹⁴, die zusätzlich zu den Ehren, die sie aus einem Ehrenamt

bereits heute beziehen, noch geldwerte Belohnungen erhalten würden. Staatlich alimentierte „Bürgerarbeit“ könnte auch für qualifizierte Arbeitslose als vorübergehende Möglichkeit attraktiv sein, einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen. Für viele schlecht qualifizierte Arbeitslose entstünde freilich ein doppeltes Stigma: Sie hätten weder eine Erwerbsarbeit noch eine „Bürgerarbeit“. Wenn es notwendig ist, gering Qualifizierte staatlich zu unterstützen, dann sollte nicht „Bürgerarbeit“ sondern Erwerbsarbeit subventioniert werden.

¹⁴ Diese Gruppe dürfte faktisch auch die Hauptklientel der „Stiftung Bürger für Bürger“ sein, die seit dem 1. Januar 1998 das Ehrenamt in der Bundesrepublik Deutschland durch einen „trägerübergreifenden Dialog zu den Themen Ehrenamt und Freiwilligenarbeit“ unterstützen soll.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 453,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Abhängigkeit der deutschen Exporte vom realen Außenwert der D-Mark.

Bearbeitet von Dorothea Lucke. —

„Bürgerarbeit“: Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Bearbeitet von Johannes Schwarze, Gert Wagner, Marcel Erlinghagen und Karin Rinne.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304